



Pressemitteilung

Berlin, 22. April 2010
Seite 1 von 2

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de

Aschewolke: Parlamentarischer Staatssekretär Burgbacher dankt Reisebranche

Die Schließung der deutschen Flughäfen infolge des Vulkanausbruchs in Island hat Reisende, Fluggesellschaften, Flughäfen und die gesamte Reisebranche vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Welttourismusorganisation berichtet, dass allein im europäischen Luftraum in den letzten fünf Tagen 95.000 Flüge gestrichen wurden. Von Urlaubern, die bei deutschen Reiseveranstaltern Pauschalreisen gebucht hatten, haben seit Freitag vergangener Woche mehr als 130.000 Urlauber im Ausland festgesessen und konnten nicht rechtzeitig nach Deutschland zurückkehren. Hinzu kamen Hunderttausende Individualtouristen und Geschäftsreisende.

Ernst Burgbacher, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Beauftragter der Bundesregierung für Mittelstand und Tourismus, würdigte die großen Leistungen der deutschen Reisebranche. „Die Mitarbeiter von Reiseveranstaltern, Reisebüros, Fluggesellschaften, Flughäfen und viele andere Beteiligte, die mit der Organisation von Urlaubs- und Geschäftsreisen beschäftigt sind, haben in dieser schwierigen und bislang einmaligen Situation alles Menschenmögliche getan, um die Gäste zu informieren, unterzubringen und nun auch schnellstmöglich zurück nach Deutschland zu bringen. Dafür gebührt ihnen mein ausdrücklicher Dank“, sagte Ernst Burgbacher in einem Gespräch mit den Verbänden am Mittwoch im Ausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages.

Die gute Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Bundesregierung und anderen Behörden mit der Reisebranche und ihren Verbänden hat sich in dieser komplizierten Situation bewährt. Davon haben nicht zuletzt auch die Reisenden profitiert. Mit Blick auf die weitere Entwicklung betonte Burgbacher, dass die



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



Bundesregierung mit den beteiligten Verbänden weiter im Gespräch bleiben werde.